

# BL

## BERICHT AUS DEM LANDTAG

NOVEMBER 2019

3 *Windenergie in Niedersachsen:*  
3 Fragen an Bernd Althusmann

4 *Aus dem Plenum:*  
„Unser Rechtsstaat ist handlungsfähig“

8 *Klartext:*  
„Machen Schulen fit für die digitale Zukunft“



**VON ROTEN GEBIETEN, WERTSCHÄTZUNG UND FAIR TRADE  
FÜR EINE ZUKUNFT MIT  
LANDWIRTSCHAFT – FÜR EINE  
LANDWIRTSCHAFT MIT ZUKUNFT**

## EDITORIAL



Sehr geehrte Damen und Herren,

die Regierungsfractionen von CDU und SPD haben vor Kurzem die Haushaltsberatungen für das kommende Jahr abgeschlossen. Dabei haben die Fraktionen erneut bewiesen, dass wir in Niedersachsen ein gutes Miteinander pflegen und in der Lage sind, bei unterschiedlichen politischen Auffassungen Kompromisse zu finden. CDU und SPD lösen die Probleme und meistern die Herausforderungen gemeinsam, anstatt sich jeweils auf Kosten der anderen Fraktion zu profilieren.

Der Haushalt setzt dabei wichtige Schwerpunkte im Bereich der Inneren Sicherheit, der Bildung, des Klimaschutzes, der wirtschaftlichen Entwicklung und des sozialen Ausgleichs. Gleichzeitig achten wir auf stabile Finanzen. Der stellvertretende Ministerpräsident Bernd Althusmann und der Fraktionsvorsitzende Dirk Toepffer stehen für diese erfolgreiche Arbeit.

Damit legen Sie den Grundstein dafür, dass die Menschen uns vertrauen und mit der Arbeit der Regierung zufrieden sind.

  
Jeris Nacke  
Parlamentarischer Geschäftsführer

1.500 ARBEITSPLÄTZE BEIM AURICHER WINDANLAGENBAUER ENERCON GEFÄHRDET

## AUSBAU DER WINDKRAFT DRINGEND ERFORDERLICH



Die Windenergiebranche befindet sich in der Krise. Seit der Auricher Windanlagenbauer Enercon mitteilte, dass allein in Niedersachsen 1.500 Arbeitsplätze gefährdet seien, ist die Zukunft der Windenergiebranche offen.

Auch der Landtag hat sich in seinem November-Plenum diesem Thema gewidmet. Niedersachsens Wirtschaftsminister Bernd Althusmann wies in seiner Rede auf die Situation der Belegschaft hin: „Uns gehen die Sorgen und Nöte der Beschäftigten und ihrer Familien von Enercon und der Zulieferbetriebe sehr nahe. Die umgehenden Gespräche des Ministerpräsidenten, von Minister Lies und mir vor Ort in Aurich und auch in Hannover zeigen, wie wichtig uns die Betroffenen sind.“ Es müssten geeignete Maßnahmen vor Ort für Beschäftigungssicherung und –perspektiven ergriffen werden. Mit einer Task Force unter Führung des Wirtschaftsministeriums sollen diese erarbeitet werden.

### Abstandsregelung sollte 1.000 Meter nicht unterschreiten

Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Ulf Thiele sprach sich für einen erheblichen Ausbau der Windenergie in Niedersachsen

aus: „Wenn wir das selbstgesteckte Ziel erreichen wollen, bis zum Jahr 2030 den Stromverbrauch zu 65 Prozent aus erneuerbaren Energien zu decken, ist dafür ein erheblicher Ausbau der Windkraft zwingend erforderlich“, so Thiele. Bezüglich einer Abstandsregelung von Windkraftanlagen zu einem Wohngebiet sollte diese 1.000 Meter nicht unterschreiten, um bestehende Konflikte mit der Bevölkerung zu reduzieren. Durch Kombination mit einer Begrenzung des Artenschutzes auf ein notwendiges Maß würde so mehr Fläche für einen Ausbau der Windenergie zur Verfügung stehen. Zu berücksichtigen ist insbesondere das sogenannte Repowering bereits bestehender Windkraftanlagen. Deren Weiternutzung ist teilweise nicht möglich, da sich Vögel an diesen Stellen eingestrichelt haben. „Bundesumweltministerin Schulze muss dafür Sorge tragen, dass im Bundesnaturschutzgesetz Ausnahmen für die Windenergie festgelegt werden“, forderte Thiele den Bund zum Handeln auf.

### „Brauchen Ausnahmen beim Artenschutz“

Windenergie in Niedersachsen

## 3 FRAGEN AN...

Bernd Althusmann, Wirtschaftsminister und stellvertretender Ministerpräsident

### Wie beurteilen Sie die aktuelle Situation der Windenergiebranche in Niedersachsen?

Der deutsche Markt für Windenergie ist bereits im vergangenen Jahr eingebrochen. Während von 2014 bis 2017 zwischen 3,8 und 5,3 Gigawatt Windleistung installiert wurden, waren es 2018 nur etwa 2,3 Gigawatt. Im ersten Halbjahr 2019 sind lediglich 287 Megawatt Leistung zugebaut worden. Diese Entwicklung hat auch bei den Windanlagenherstellern in Niedersachsen Spuren hinterlassen. Nach Angaben des Bundesverbandes Windenergie sind seit 2017 bundesweit rund 35.000 Arbeitsplätze in der Windenergiebranche verlorengegangen, das zeigt das große Ausmaß der Krise.

### Wie geht es mit dem wichtigen Ausbau der Windenergie in unserem Bundesland weiter?

Wir haben uns in Deutschland das Ziel gesetzt, bis zum Jahr 2030 den Stromverbrauch zu 65 Prozent aus erneuerbaren Energien zu decken. Die Windenergie ist dabei ein wesentlicher Baustein. Einer der größten Bremsen des Windenergie-Abaus sind aber langwierige Planungs- und Genehmigungsverfahren. Da müssen wir schneller werden. Klimaschutz – und damit auch der Ausbau der Windenergie – ist Artenschutz, das muss bei der Genehmigung neuer Anlagen und dem Repowering von alten Anlagen berücksichtigt werden. Die Bundesumweltministerin muss diesen Konflikt lösen und Regelungen im Sinne des Klimaschutzes schaffen.

### Die Bürger vor Ort wollen oft keine Windkraftanlagen. Der Bund fordert eine Abstandsregel von 1.000 Metern zwischen Wohnbebauung und Windkraftanlagen. Wie gehen wir in Niedersachsen damit um?

Um Akzeptanz für den Bau von Windkraftanlagen zu schaffen, ist viel Überzeugungsarbeit und Diskussion vor Ort nötig. Das verlangsamt den Ausbau. Über die vom Bund geplante Abstandsregelung von 1.000 Metern wird noch zu reden sein. Zumal die Mindestabstände unter Artenschutz-Aspekten zum Teil größer sind als die Abstände zu den nächstgelegenen Häusern. Die Öffnungsklausel ermöglicht uns, eine für Niedersachsen geeignete Lösung zu suchen. Diese Zeit sollten wir uns nehmen.



## AUS DEM PLENUM

## IS-Rückkehrer: Deutscher Rechtsstaat ist handlungsfähig

Mit bis zu 1.000 deutschen Rückkehrern aus den einst vom Islamischen Staat (IS) kontrollierten Gebieten des Nahen Ostens rechnet die Bundesregierung. „Für unser Land stellt dies eine Herausforderung dar, die weit größer ist als die, über die wir aktuell hinsichtlich der Abschiebungen aus der Türkei diskutieren“, warnte der justizpolitische Sprecher Christian Calderone im Rahmen einer von der CDU beantragten Aktuellen Stunde. Zugleich betonte er jedoch die Handlungs- und Durchsetzungsfähigkeit der deutschen Behörden.

Ziel müsse es sein, dass Rückkehrer, die sich wegen Terrorstraftaten oder nach dem Völkerstrafrecht zu verantworten haben, gleich am Flughafen festgesetzt und in Haft genommen werden. Die Rechtslage für die Rückkehr dieser Personen sei eindeutig, wenn auch in diesem Fall unerfreulich: „Schiebt ein Staat ab, dann muss Deutschland seine Staatsbürger zurücknehmen. Hier geht es um Rechtsstaatlichkeit. Und die Rechtsstaatlichkeit muss gerade im Vordergrund stehen, wenn wir gegenüber intoleranten, terroristischen, islamisti-

schen Strukturen verdeutlichen müssen, dass der deutsche Rechtsstaat handlungsfähig und durchsetzungsfähig ist“, so Calderone. Nicht unerwähnt ließ er in diesem Zusammenhang, dass auch die Jugendämter herausgefordert sind, sich um die Kinder der IS-Rückkehrer zu kümmern: „Wir haben eine Verantwortung für ihre Zukunft, die sie nicht in Hass, Enge und Kriminalität verbringen sollten, sondern in den fantastischen Möglichkeiten, die unsere freiheitliche Gesellschaft jedem Einwohner guten Willens bietet.“

## Koalition verstetigt Mittel für kommunale Theater

Bereits im vergangenen Haushaltsjahr hatten sich CDU und SPD im Rahmen ihrer politischen Liste darauf verständigt, die Mittel für die sechs kommunalen Theater und das Göttinger Sinfonieorchester um drei Millionen Euro zu erhöhen. Damit stiegen die Zuschüsse um mehr als zehn Prozent im Vergleich zu 2018. Eine Steigerung in dieser Höhe gab es in den letzten 20 Jahren in Niedersachsen nicht. Nun sollen diese Mittel verstetigt und auch

**„Eine Steigerung in dieser Höhe gab es in den letzten 20 Jahren nicht.“**

Tarifsteigerungen berücksichtigt werden. „Wir wollen die vielfältigen kulturellen Aktivitäten sowie die vielen haupt- und nebenamtlich in der Kultur Tätigen in Niedersachsen stärker unterstützen. Unser Ziel ist es, die bestehenden Programme so weiterzuentwickeln, dass sie den neuen Herausforderungen

gerecht werden und so zu einer Verbesserung der Qualität beitragen“, sagte der Kulturpolitiker Burkhard Jasper während der abschließenden Beratung im Landtag. „Der Anstieg des Kulturtats ist auch im Vergleich der westdeutschen Flächenländer he-

rausragend. Mit der Verstetigung im Haushaltsentwurf für 2020 wird dieser Weg entschlossen fortgesetzt.“ Profitieren soll davon auch die Festivallandschaft: Neben Musikfestivals sind künftig auch Film- und Medienkunstfestivals förderfähig.

## Maßnahmenkatalog für Plastikreduktion

Pro Kopf produzieren die Deutschen immer mehr Plastikabfall, mit unabsehbaren Folgen für Mensch und Umwelt. CDU und SPD haben sich dieser Entwicklung angenommen und einen Maßnahmenkatalog vorgelegt, der mithilfe sinnvoller Verbote einerseits und klugen Anreizen andererseits zu einer Reduktion des Plastikmülls führen soll. „Wir alle kennen die vordergründig praktischen Vorteile von Plastik“, so der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Martin Bäumer. „Doch einmal in die Umwelt eingebracht, dauert es hunderte Jahre, bis sich die Kunststoffe aufgelöst haben. Nur ein Bruchteil wird recycelt, viel Plastikmüll wird nach Asien exportiert. Das ist doch keine Lösung, sondern beschämend für ein so hoch entwickeltes Land wie Deutschland. Damit muss endgültig Schluss sein.“ In ihrem beschlossenen Entschließungsantrag fordern die Regierungskoalitionen von CDU und SPD unter anderem ein Verbot

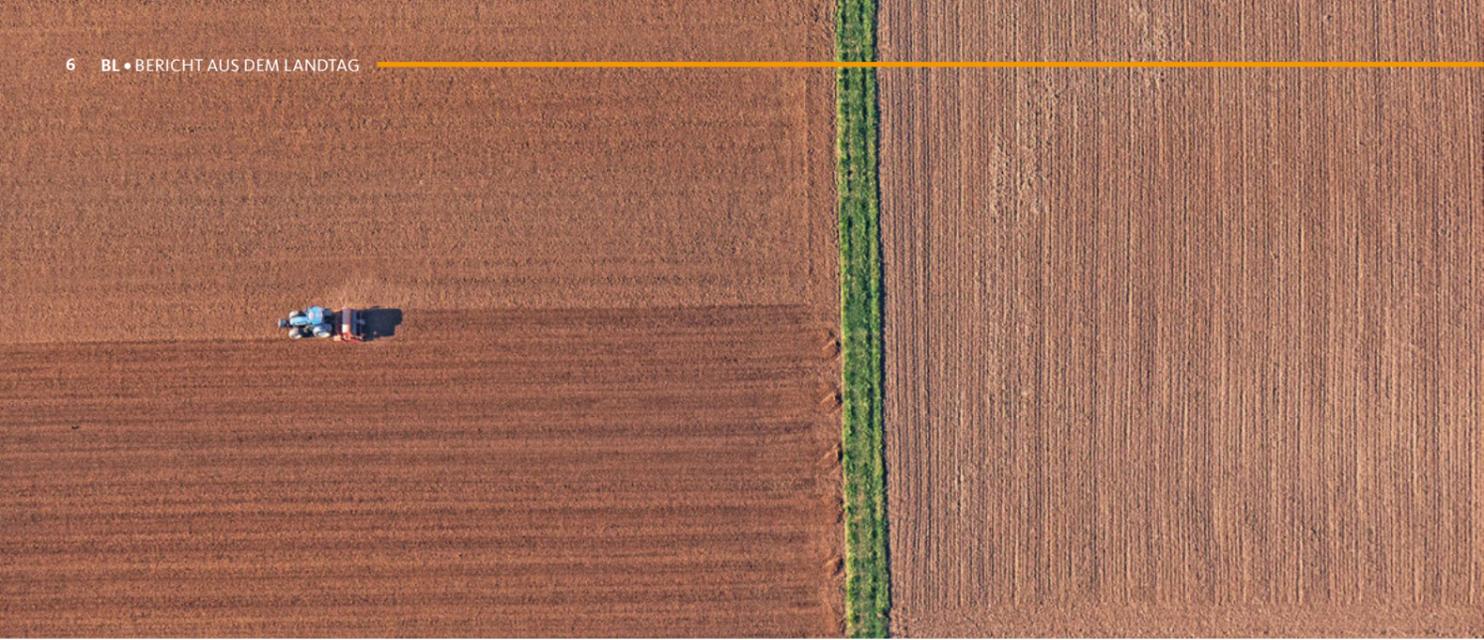
**„Für unsere Bequemlichkeit zahlen wir einen hohen Preis.“**

von Einwegplastik in Trinkhalmen, Einwegtellern, Wattestäbchen und Luftballons-Halterungen. Darüber hinaus sollen Anreize wie für den Ausbau von Mehrwegsystemen in der Gastronomie und bei öffentlichen Veranstaltungen geschaffen werden. „Für unsere Bequemlichkeit zahlen wir einen hohen Preis, und dabei gibt es längst Alternativen für Einwegplastik. Politik hat die Aufgabe, sich um jeden Eintrag von Plastik in die Umwelt zu kümmern, und dieser Aufgabe kommt die Regierungskoalition mit diesem Antrag nach“, so der Fraktionsvize.

## Haushaltsplenum im Dezember

Der Landtag tritt ab dem 16. Dezember wieder zusammen. Dann diskutieren und beschließen die Abgeordneten den Haushalt für das kommende Jahr. Über die wesentlichen

Beschlüsse werden wir Sie an dieser Stelle wieder im „Bericht aus dem Landtag“ informieren.



## VON ROTEN GEBIETEN, WERTSCHÄTZUNG UND FAIR TRADE

# Für eine Zukunft mit Landwirtschaft – für eine Landwirtschaft mit Zukunft

Die letzten Wochen waren geprägt von Ärger und Wut, hitzigen Debatten und Vorwürfen, besonders aber von fehlendem Verständnis und mangelnder Wertschätzung für Landwirte. Die bäuerlichen Familienbetriebe stehen im Kreuzfeuer der Kritik – trotz der bereits gezeigten Bereitschaft, ihren Beitrag zum Umwelt- und Klimaschutz zu leisten. Vor allem die Debatte um die sogenannten Roten Gebiete und die Nitratbelastung im Grundwasser haben die Emotionen hochkochen lassen.

Waren zu Beginn der Debatte noch 60 Prozent der niedersächsischen Fläche betroffen, konnte der Flächenanteil Roter Gebiete durch eine vernünftige Binnendifferenzierung immerhin auf 39 Prozent reduziert werden. Allerdings gibt es noch immer viele offene Fragen. Gerade das Messverfahren steht in der Kritik, in einigen Regionen werden die Messwerte stark angezweifelt. „Selbst Wasserschutzkooperationen, die seit Jahrzehnten vorbildlich arbeiten und den Nitratreintrag deutlich verringert haben, wiesen belastete Messstellen auf. Dies gilt es zu hinterfragen“, erklärt dazu Martin Bäumer, umweltpolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion.

### Alle Verursacher berücksichtigen

In vielen Gebieten seien nicht nur die Landwirte, sondern auch andere Gruppen für den Eintrag von Nitrat im Wasser verantwortlich: „Es ist nach meiner Auffassung äußerst wichtig, das Verursacherprinzip in Gänze zu beachten. Daher darf in Hinblick auf die Ausweisung von nitratsensiblen Gebieten der Fokus nicht ausschließlich auf der Landwirtschaft liegen. Auch der Eintrag

von Nitrat und Phosphat durch Kläranlagen muss eine stärkere Berücksichtigung finden“, fordert Bäumer. Eine regelmäßige Überwachung der relevanten Boden- und Gewässer-Messstellen hat die CDU-Landtagsfraktion bereits erwirkt. Demnach sollen die Stellen künftig alle zwei statt wie bisher alle acht bis zehn Jahre und darüber hinaus anlassbezogen überprüft und bei Bedarf ertüchtigt werden. Den zu bestimmten Messstellen geäußerten Zweifeln wird die Landesregierung unmittelbar nach Inkrafttreten der Verordnung nachgehen.

### Fraktion lobt Kompromiss der Landesregierung

Fraktionschef Dirk Toepffer lobte die Einigung zwischen den beteiligten Häusern der niedersächsischen Landesregierung als „Sieg der Vernunft und wichtiges Signal an die vielen Landwirte in Niedersachsen, denen wir nicht mehr erklären konnten, wieso auch mutmaßlich falsche Messungen Grundlage für die Ausweisung Roter Gebiete sind. Wir müssen viel Vertrauen zurückgewinnen und Hand in Hand mit den Landwirten entscheiden, wie wir mit den dann festgestellten Abweichungen umgehen“, so Toepffer.

### Althusmann: Landwirte sind unser Rückgrat

Für den Erhalt der bäuerlichen Familienbetriebe ist allerdings mehr notwendig. Daher hat die CDU in Niedersachsen einen „Gesellschaftsvertrag 2050“ für unsere Landwirte gefordert und dazu ein entsprechendes Papier vorbereitet, das auch eine einhellige Zustimmung in der Landtagsfraktion findet. „Die Familien auf den Bauernhöfen übernehmen jeden Tag Verantwortung für unser Land. Sie erwarten zurecht Respekt und Anerkennung. Unsere Landwirte haben ein Recht auf Achtung ihres Eigentums, ein Recht auf unser Vertrauen und ein Recht auf faire Bezahlung“, erklärt der Landtagsabgeordnete Bernd Althusmann, zugleich CDU-Landesvorsitzender und stellvertretender Ministerpräsident. „Sie sorgen für gesunde, sichere und bezahlbare Lebensmittel. Sie sind ein starkes Standbein und Rückgrat unserer ländlichen Regionen. Mit allen vor- und nachgelagerten Bereichen ist die Land-, Ernährungs- und Forstwirtschaft mit der wichtigste Wirtschaftsmotor in unserem Land“, so Althusmann.

### Nachhaltigkeit hat ihren Preis

„Wir alle wollen eine Landwirtschaft, die sich im Wesentlichen durch familiengeführte Betriebe, mit Verantwortung für den ländlichen Raum, mit Verankerung in den Dörfern, mit Umweltschutz



und Tierwohl, sowie durch regionale Produkte auf der Basis von Nachhaltigkeit ausgezeichnet. Dieses gesellschaftliche Ziel werden wir nur erreichen, wenn wir zu einer fairen Entlohnung – ‚Fair Trade für die heimische Landwirtschaft‘ – kommen“, so Althusmann. Dies habe seinen Preis. Handel, Politik, Verbände und Ernährungs- wirtschaft müssten beantworten, was ihnen eine nachhaltige, regional produzierende Landwirtschaft wert sei.



NIEDERSÄCHSISCHER LANDTAG

## KLARTEXT

# „WIR MACHEN UNSERE SCHULEN FIT FÜR DIE DIGITALE ZUKUNFT“

von Mareike Wulf, schulpolitische Sprecherin

Die Bundesregierung hat im Mai 2019 den Digitalpakt Schule auf den Weg gebracht. Damit fiel der Startschuss für die Digitalisierung unserer Schulen. Bundesweit stehen für einen Zeitraum von fünf Jahren insgesamt 5,5 Milliarden Euro zur Verfügung. 10 Prozent davon tragen die Länder selbst. Dabei ist die Arbeitsteilung zwischen Bund und Ländern

klar geregelt: Der Großteil der Bundesmittel wird zum Aufbau digitaler Bildungsinfrastrukturen genutzt. Da-

runter fallen der Anschluss

der Schulen an eine leistungsstarke Internetverbindung, gute WLAN-Ausleuchtung oder auch die Ausstattung der Klassen mit

interaktiven Whiteboards. Die Länder steuern die pädagogische Umsetzung bei, beispielsweise

die Anwendung digitaler Medien und Endgeräte im Unterricht.

In Niedersachsen können seit dem Beginn des Schuljahres 2019/2020 Fördermittel aus dem Digitalpakt beantragt werden. Insgesamt stehen

bis zum Jahr 2024 über 522 Millionen Euro für die Verbesserung der IT-Bildungsinfrastruktur an Niedersachsens Schulen zur Verfügung. Das ist jedoch nur der erste Schritt auf einem langen Weg. Wenn die digitale Transformation funktionieren soll, müssen wir Digitalisierung

als Querschnittsaufgabe im Schulalltag und als einen langjährigen Entwicklungsprozess mit verschiedenen Bereichen verstehen.

Deshalb hat die CDU-Fraktion einen umfangreichen Entschließungsantrag zur digitalen Bildung in den Landtag eingebracht. Mit ihm geben wir der Landesregierung Vorschläge für einen erfolgreichen Digitalisierungskurs an die Hand.

**„Wir müssen Digitalisierung als Querschnittsaufgabe und Entwicklungsprozess verstehen.“**

*Wir wollen, dass die Schulen bei dem Aufbau der digitalen Infrastruktur und dessen Wartung nicht alleine gelassen werden.* Aus unserer Sicht braucht es landesweit einheitliche Standards, Landesrahmenverträge für günstige Internetanschlüsse und eine Digitalberatungsagentur, die den Schulträgern unterstützend zur Seite steht.

*Wir brauchen Veränderungen für die Unterrichtsmethodik und -didaktik.* Dafür müssen Lehrkräfte in ihrer Ausbildung oder durch Fort- und Weiterbildungen darin geschult werden, digitale Medien im Unterricht zu nutzen. Wir müssen Unterrichtsmaterial wie Schulbücher digital verfügbar machen und darauf achten, dass neue Unterrichtsformen datenschutzkonform sind. Zudem müssen digitale Kompetenzen in den Curricula verankert werden.

*Wir wollen offen sein für neue und noch nicht absehbare Entwicklungen des digitalen Unterrichts.* Augmented Reality, Big Data und künstliche Intelligenz können in ein paar Jahren ganz neue Möglichkeiten des Unterrichts eröffnen. Deshalb wird die CDU-Fraktion den Digitalisierungsprozess weiter begleiten.



## IMPRESSUM

### Herausgeber:

CDU-Fraktion  
im Niedersächsischen Landtag  
Hannah-Arendt-Platz 1  
30159 Hannover  
[www.cdu-fraktion-niedersachsen.de](http://www.cdu-fraktion-niedersachsen.de)

### Verantwortlich:

Jens Nacke MdL  
Parlamentarischer Geschäftsführer

### Redaktion:

Sabine Busse  
Doreen Helms  
Ralph Makolla  
Marco Zacharias  
Telefon (05 11) 3030-4119  
[bl@cdu-fraktion-niedersachsen.de](mailto:bl@cdu-fraktion-niedersachsen.de)  
**Die Fraktion auf Facebook:**  
[www.facebook.com/CDU.LtFraktion.Nds](https://www.facebook.com/CDU.LtFraktion.Nds)  
**Die Fraktion auf Instagram:**  
[www.instagram.com/cdu.fraktion.nds](https://www.instagram.com/cdu.fraktion.nds)

## TERMINE

16. – 19. Dezember  
Plenum

23. Dezember – 6. Januar 2020  
Weihnachtsferien

### Bildnachweis:

Titelseite: picture alliance/Felix Kästle/dpa  
Bauernprotest/Rathaus: picture alliance/Sina Schuldt/dpa